

Solidarität mit dem Kampf der Bevölkerung von Jammu und Kaschmir

Erklärung der [Revolutionary Socialist Movement](#), Pakistan, 10. August 2019, Infomail 1064, 11. August 2019

Am 5. August präsentierte Amit Shah, Indiens Innenminister und gleichzeitig Präsident der regierenden Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei, BJP), im Rajya Sabha (Staatenversammlung; zweite Kammer), dem Oberhaus des indischen Parlaments, einen Präsidentenbefehl zur Aufhebung von Artikel 370, einer Verfassungsbestimmung, die dem Staat Jammu und Kaschmir einen Sonderstatus einräumte. Nach einer kurzen Debatte wurde die Resolution im Oberhaus mit einer Mehrheit von 125 Stimmen gegen 61 angenommen.

Aufhebung von Artikel 370

Im Unterhaus (Lok Sabha; Volksversammlung; erste Kammer) wurde der Beschluss mit einer Mehrheit von 367 Stimmen gegen 67 Stimmen gefasst. Artikel 370 gab der gesetzgebenden Versammlung Jammus und Kaschmirs die Befugnis, eigene Gesetze

in allen
Bereichen zu erlassen, mit Ausnahme von Fragen der
Außenpolitik, der
Verteidigung und der Kommunikation, die bei Delhi blieben.
Außerdem hatte der
Staat Jammu und Kaschmir das Recht auf eine eigene Verfassung
und eine eigene
Flagge. Diese Verfassungsbestimmungen verpflichteten den
indischen Staat, diese
Bestimmungen nicht ohne die volle Zustimmung beider Seiten zu
ändern.

Mit der
Aufhebung von Artikel 370 wurde all dies jedoch beendet. Der
Staat Jammu und
Kaschmir wurde seines Status der begrenzten Autonomie
innerhalb Indiens
beraubt. Die von der BJP ausgearbeitete Resolution schlägt
ferner vor, den
Staat in zwei Unionsterritorien aufzuteilen: erstens Jammu und
Kaschmir und
zweitens Ladakh. Das bedeutet, dass die erstere ihre eigene
gesetzgebende
Versammlung beibehalten und die indische Zentralregierung
einen
(weisungsgebundenen) Gouverneurstatthalter ernennen wird,
während Ladakh direkt
von Delhi aus regiert wird, d. h. es wird dort keine eigene
gesetzgebende
Versammlung geben.

Darüber hinaus
wurde unter der Präsidialverordnung auch Artikel 35-A
aufgehoben. Diese
Verfassungsbestimmung erlaubte es der Legislative des Staates

Jammu und Kaschmir zu definieren, wer die ständigen BewohnerInnen des Staates sind, d. h. seine BürgerInnen. Dies war ein Gesetz aus der Zeit der Maharadscha-Herrschaft vor 1947, nach dem einE Nicht-Kaschmiri nicht in den Genuss der Bestimmungen für den Kauf von Land in Kaschmir und den Eintritt in den Staatsdienst kommen konnte (Maharadscha: großer Herrscher/Fürst/König). Nun, da Kaschmir keine eigene Verfassung mehr haben wird, muss es sich wie jeder andere Staat an die indische Verfassung halten. Das bedeutet auch, dass alle indischen Gesetze automatisch auf Kaschmiris anwendbar sind und Menschen von außerhalb des Staates dort Immobilien kaufen können. Kurz gesagt, der Staat Jammu und Kaschmir wurde zu einem Teil Indiens gemacht, indem man ihm seinen Sonderstatus entzogen hat.

Bereits viele Tage vor der Aufhebung von Artikel 370 war eine Situation ähnlich einem Ausnahmezustand geschaffen worden, in der alle Nichtansässigen, TouristInnen, StudentInnen und ArbeitsmigrantInnen in Kaschmir zur Ausreise gezwungen wurden. In einer der ohnehin schon am stärksten militarisierten Zonen der Welt wurde der Einsatz von Truppen erhöht. Die örtliche Polizei wurde aller Autorität beraubt und entwaffnet, während alle Bildungseinrichtungen geschlossen und die BewohnerInnen von Jugendherbergen vertrieben wurden. Darüber

hinaus wurden
Internet-, Mobilfunk- und sogar Festnetztelefondienste
eingestellt. Außerdem
wurde sogar die kaschmirische Führung im Dienste der indischen
Staatsinteressen
unter Hausarrest gestellt, während die Führung der
FreiheitskämpferInnen hinter
Gittern landete. Mehr als 500 Menschen sitzen in Haft, und es
gab Berichte,
dass 50 DemonstrantInnenen getötet wurden, als sie versuchten,
zu mobilisieren
und der Ausgangssperre zu trotzen.

In dieser
Situation kursieren alle möglichen Gerüchte, die eine
Atmosphäre von Angst und
Chaos erzeugen.

Hindutva-Politik

All dies
geschieht natürlich im Rahmen der Hindutva-Politik von
Narendra Modi. Hindutva
ist das neue Gesicht des indischen Kapitals, das versucht,
sich China als
Wirtschafts- und Militärmacht anzugleichen. Die Modi-Regierung
will die
Kriegshysterie fördern, damit einerseits jeder Widerstand und
jede
Meinungsverschiedenheit im Namen des Vorwurfs der „Feindschaft
gegenüber
Indien“ zerschlagen werden kann. Andererseits zielen solche
Maßnahmen darauf

ab, indischen KapitalanlegerInnen die Möglichkeit zu geben, Kaschmir auszubeuten und zu plündern. Sofort nachdem Kaschmir seines Sonderstatus beraubt wurde, hat die KapitalistInnenklasse auf beiden Seiten der Grenze Gefühle von Hass und Kriegshysterie verbreitet.

Auf der einen Seite der Grenze wird die aktuelle Entwicklung als Sieg für die Modi-Regierung wahrgenommen. In Pakistan hingegen sieht die KapitalistInnenklasse, die mit einer schweren Wirtschaftskrise konfrontiert ist, ihren einzigen Ausweg ebenfalls im Schüren von Kriegshysterie. Die aktuelle Entwicklung hat die beiden Atommächte in Konfliktstellung gebracht. Sollte jedoch tatsächlich ein Krieg stattfinden, würde der größte Preis dafür von der einfachen Bevölkerung getragen werden, insbesondere von Kaschmiris, die seit 70 Jahren die Hauptlast der Politik der beiden Länder getragen haben.

Dennoch hat die aktuelle Situation auch die Chancen für einen neuen Kampf geschaffen. Dieser neue Kampf würde einerseits der barbarischen Besetzung kaschmirischer Länder und der Massaker durch Indien entgegenstehen und andererseits auch die Rolle des pakistanischen Staates, der seine eigene Hegemonie in der Region haben will, in Verbindung mit der Politik des pakistanischen Staates

in seinen besetzten Gebieten, den so genannten Asad Kaschmir (teilautonomes pakistanisches Gebiet) und Gilgit-Baltistan (Nordregion; pakistanisches Sonderterritorium unter Bundesverwaltung), die die Region in zwei Teile zerrissen hat, deutlich machen.

Fragen neuer neuen Bewegung

Es ist sehr wahrscheinlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine neue Bewegung entstehen wird, die die Selbstbestimmung Kaschmirs zum Ziel hat und alle Nationen im Staat Jammu und Kaschmir zu einer Unabhängigkeitsbewegung zusammenführt. In diesem Zusammenhang sind einige Dinge zu berücksichtigen, sollte eine solche Bewegung ausbrechen. Die Grundlage dieser Bewegung muss dringend säkular sein, um die Spaltungen zu überwinden, die durch hinduistische versus muslimische politische Ideologien hervorgerufen werden, und zweitens sollte die Bewegung keine Illusionen in irgendeinen der umliegenden Staaten oder in die imperialistischen Mächte wie die USA oder China haben. Alle diese Mächte hegen ihre eigenen egoistischen Interessen und jede Zusammenarbeit mit ihnen im Namen der Lösung des Konflikts in Kaschmir kann verheerende Folgen für die

dortige Bevölkerung
haben.

Die Vereinten

Nationen sind in Wirklichkeit auch eine Institution, die über
ihren

Sicherheitsrat stets die imperialistischen Interessen schützt,
wo immer diese

DiebInnen sich einigen können. Andernfalls ist dieses Gremium
gelähmt und tut

nichts. Das kaschmirische Volk ist sich bewusst, dass die UNO
in den letzten 72

Jahren der Besetzung und Teilung des Landes durch Indien und
Pakistan praktisch

akzeptiert hat, anstatt den Konflikt zu lösen und ein
Referendum abzuhalten,

wie 1948 versprochen wurde. Stattdessen müssen die Bewegung
und ihre Führung

direkt an die Massen der ArbeiterInnenklasse in Indien und
Pakistan appellieren,

sich für Klassensolidarität einzusetzen.

Im Gegensatz zu

dem, was in den pakistanischen Mainstream-Medien präsentiert
wird, genießt die

Hindutva-Ideologie nicht in allen Bereichen der indischen
Gesellschaft

Anerkennung. Stattdessen haben sich Organisationen von
StudentInnen, Frauen und

ArbeiterInnen gegen diese Politik der BJP-geführten Regierung
gestellt. Anstatt

das Recht auf Selbstbestimmung für Kaschmir und den Abzug der
indischen Truppen

aus dem Staat zu fordern, haben sich die Hauptströmungen der
indischen Linken

weitgehend gegen die Aufhebung von Artikel 370 ausgesprochen, weil sie die Entwicklung als Bedrohung für die indische Verfassung und den Säkularismus sehen.

Anstatt sich der indischen Besatzung und Kolonisierung der Region als Verletzung des Grundsatzes des Rechts auf Selbstbestimmung zu widersetzen, verteidigt die Linke de facto diese Kolonisierung, indem sie sich auf Kaschmir als einen integralen Bestandteil des indischen Staates bezieht. Und das, obwohl die indischen Streitkräfte seit Jahrzehnten die schlimmsten Gräueltaten gegen das kaschmirische Volk verüben, lange bevor Artikel 370 widerrufen wurde.

In den von Indien besetzten Gebieten Jammu und Kaschmir sind durch die Auferlegung einer Gouverneursherrschaft durch Narendra Modi trotz Medienberichterstattungsverbot und Ausgangssperre Proteste junger Menschen ausgebrochen. Einige DemonstrantInnen wurden getötet und jede Art von demokratischer Aktivität wird durch den Einsatz von nackter Gewalt und Angst unterdrückt. Die Zahl der Proteste wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich zunehmen und der indische Staat wird jede erdenkliche Methode anwenden, um die Bewegung zu zerschlagen. Wir haben in

der Vergangenheit gesehen, wie Delhi zu Massenverhaftungen, Folter, Massakern und Vergewaltigungen gegriffen hat, um viele Arten von Kämpfen zu zerschlagen.

Die kaschmirische Bewegung muss auf solche Repressionen vorbereitet sein und sich bewaffnen, um die Bewegung gegen militärische Barbarei und Unterdrückung zu verteidigen.

Alle wirklich demokratischen und arbeitenden Kräfte müssen verlangen:

- Das Ende der Besetzung des Staates Jammu und Kaschmir!
- Den Abzug aller Streitkräfte der Teilungsmächte, einschließlich der paramilitärischen Polizei, aus dieser Region.
- Freilassung aller politischen Gefangenen und inhaftierten DemonstrantInnen.
- Aufhebung aller Beschränkungen der demokratischen Freiheiten wie der Versammlung, der Medien usw.
- Anerkennung des souveränen Status von vor 1947 für ganz Jammu und Kaschmir.

Die Bildung von Nachbarschafts- und Betriebskomitees ist eine wichtige

Aufgabe, sowohl um den Widerstand zu mobilisieren als auch, sobald die Bedingungen es zulassen, um Wahlen zu einer souveränen verfassunggebenden Versammlung durchzuführen, die über die Zukunft des Staates Jammu und Kaschmir nach den Wünschen der Bevölkerung der Region entscheiden soll. Darüber hinaus muss der Kampf für ein sozialistisches Kaschmir Teil eines Kampfes für ein sozialistisches Südasien werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist es die Pflicht und im Interesse aller unterdrückten Nationen und der ArbeiterInnenklasse, in voller Solidarität mit dem Kampf für die Freiheit Kaschmirs zu stehen. Hier ist die Rolle der indischen ArbeiterInnenklasse, die im Januar einen 150 Millionen starken eintägigen Generalstreik durchgeführt hat, entscheidend.

Freiheit für Kaschmir!

Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1064, 9. August 2019

Am 5. August führten die indische rechte Regierung von Narendra Modi und seine Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei; BJP) einen atemberaubenden Schlag gegen die Demokratie und das Recht auf Selbstbestimmung. Die Einführung des „Jammu-und-Kaschmir-Reorganisationsgesetzes“ 2019 ist

nicht nur moralisch empörend, sondern auch verfassungswidrig.

Die formal teilautonome Provinz, die schon zuvor zu den am meisten militarisierten Regionen der Welt zählte, wurde vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Internet, Mobilfunk- und Festnetze wurden abgeschaltet. Selbst die lokale Polizei wurde entwaffnet. Stattdessen wurden mehr als zehntausend neue Spezialeinheiten in die Provinz geschickt. Die kaschmirischen PolitikerInnen, die bisher mit Indien zusammengearbeitet haben, wurden unter Hausarrest gestellt. Jene, die mehr Autonomie oder Unabhängigkeit wollen, wurden hinter Gitter gebracht. Öffentliche Einrichtungen und Schulen wurden geschlossen und eine Ausgangssperre verhängt.

Jugendliche und StudentInnen aus Jammu und Kaschmir, die in anderen Teilen Indiens oder in anderen Ländern arbeiten, leben und studieren, wurden von ihren FreundInnen und Familien in Kaschmir abgeschnitten.

Die Aufhebung des Artikels 370 der indischen Verfassung durch das Ober- und Unterhaus am 5. August bedeutet nichts anderes als eine vollständige Annexion von Jammu und Kaschmir. Es ist eindeutig eine Besetzung des Landes und seiner Ressourcen, bei der jedeR indische BürgerIn nun die Möglichkeit hat, Grundstücke im Staat zu kaufen, was zu einer Vertreibung der indigenen Kaschmiris führen kann. Darüber hinaus hat die Regierung die Teilung von Jammu und Kaschmir in zwei Unionsterritorien beschlossen – Jammu und Kaschmir einerseits und Ladakh andererseits.

Damit mobilisiert und stärkt sie die reaktionärsten und sektiererischen Teile der Gesellschaft. Wenn die BJP damit erfolgreich sein sollte, wird sich das sofort auf ganz Indien

auswirken. Ein Tornado aus reaktionärer Propaganda, der durch das Land fegt, könnte bald Pogrome gegen ethnische und religiöse Minderheiten, insbesondere MuslimInnen, ermutigen. Tatsächlich kann davon ausgegangen werden, dass die indische Regierung diese Karte in der Hoffnung spielt, dass dies den Kampf der ArbeiterInnenklasse angesichts zunehmender wirtschaftlicher Probleme wie auch den der StudentInnen- und Frauenbewegung für demokratische Rechte schwächt, wenn nicht bricht. Die Implementierung einer Diktatur in Jammu und Kaschmir würde so zu einer Blaupause für Notstandsgesetze und militärische Sonderrechte in anderen Teilen des Landes werden.

Gleichzeitig befindet sich die indische Regierung in einer offenen Konfrontation mit Pakistan. Nicht nur ein weiterer Krieg droht, sondern, im schlimmsten Fall, ein nuklearer Vernichtungsschlag von einer oder beiden Seiten. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo der Handelskrieg zwischen China und den USA neue Höhen erreicht. In den Kampf um Kaschmir wie in jenen um die Kontrolle ganz Südasiens sind beide imperialistischen Mächte stark involviert.

Als SozialistInnen und KommunistInnen von beiden Seiten der Grenze, aus Pakistan und Indien, und innerhalb Deutschlands fordern wir die ArbeiterInnenbewegungen zur größtmöglichen Unterstützung ihrer indischen Klassengeschwister im Kampf gegen die reaktionäre Modi-Regierung und zur Unterstützung des kaschmirischen Volkes im Kampf gegen dessen Unterdrückung auf. Wir sind der Meinung, dass eine solche Unterstützung folgende Forderungen umfassen sollte:

- Rücknahme des Gesetzes zur Reorganisation Jammus und

Kashmirs und Rücknahme der Aufhebung von Artikel 370 durch Parlamente und Regierung!

- Abzug aller nicht-staatlichen, paramilitärischen und militärischen Besatzungstruppen aus Kaschmir – auf beiden Seiten der Grenze!
- Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen! Sofortige Aufhebung aller Einschränkungen demokratischer Rechte und Freiheiten!
- Für das Recht auf Selbstbestimmung des kaschmirischen Volkes und für eine verfassunggebende Versammlung für ganz Kaschmir, die über das Schicksal des Landes entscheidet!
- Keine Unterstützung für die reaktionären Regime von Imran Khan und Narendra Modi! Schluss mit den Waffengeschäften mit den beiden Ländern! Materielle und politische Unterstützung für die ArbeiterInnenbewegung in Kaschmir, Indien und Pakistan!

Informationen über Solidaritätsaktionen: [Stand with Kashmir](#)

Berlin: Solidaritätskundgebung, Samstag, 10. August, 14.00, Brandenburger Tor

Indien: Hindutva, das neue Gesicht der KapitalistInnenklasse

Shahzad Arshad, Neue Internationale 238, Juni 2019

Die hindutva-chauvinistische Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei, BJP) unter der Leitung von Narendra Modi, hat die Wahlen zum indischen Unterhaus Lok Sabha (Volksversammlung, 1. Kammer) gewonnen. Ihr politisch-ideologisches Konzept, Hindutva, zielt auf die Gestaltung Indiens nach hinduistischen Regeln, praktisch handelt es sich um aggressiven Hindu-Nationalismus gepaart mit Neo-Liberalismus.

Von den 900 Millionen Wahlberechtigten entschieden sich 67 Prozent dafür dieses wahrzunehmen. Dies ist die höchste Beteiligung in der Geschichte Indiens. Die BJP und ihre Verbündeten in der Nationaldemokratischen Allianz erhielten 342 Sitze, davon gingen 303 allein an die BJP, was die Partei in die Lage versetzt, die Regierung ohne Koalitionspartner zu stellen. Dies ist erst

das zweite Mal
seit 1971, dass eine Partei in Delhi eine zweite aufeinander
folgende
Alleinregierung bilden konnte. Die Kongresspartei gewann nur
52 Sitze, das von
ihr geführte Bündnis erreicht insgesamt auch bloß 92.
Gleichzeitig fungierte
die Wahlkommission als Modis rechte Hand und ignorierte seine
Hassreden.
Unterdessen behauptet eine Reihe von Oppositionsparteien, dass
die Wahlen
manipuliert wurden.

Fast 50 Prozent
der kürzlich gewählten Parlamentsmitglieder sind mit
zahlreichen Strafverfahren
konfrontiert, darunter Vorwürfe wegen Vergewaltigung und Mord.
Ein
Parlamentarier der Kongresspartei sieht sich mit 204
Strafverfahren
konfrontiert, darunter Mord und Raub. Gegen mindestens 232 der
542
ParlamentarierInnen sind Gerichtsprozesse anhängig. Gegen 29
der 52 gewählten
Abgeordneten der Kongresspartei laufen Verfahren, bei der BJP
sind es 116 von
303. Ein BJP-Parlamentarier ist sogar wegen Terrorismus
angeklagt.

Sieg der KapitalistInnenklasse

Als offiziell

bestätigt wurde, dass Modi wieder Premierminister Indiens werden sollte, erlebte der Aktienmarkt einen rasanten, geradezu historischen Aufstieg. Die Freude der KapitalistInnenklasse über Modis Wahlsieg zeigt, dass sie überzeugt ist, dass sein Erfolg die Umsetzung der Politik zu ihren Gunsten beschleunigen wird und dass weitere Angriffe gegen das Arbeitsrecht gestartet werden.

Es wird erwartet, dass Indiens Bevölkerungszahl bis 2024 jene Chinas übersteigt. Das Land wird voraussichtlich zur fünftgrößten Volkswirtschaft werden. Die Handelskriege und die daraus resultierende Geopolitik in diesen Zeiten werden von der kapitalistischen Klasse nicht nur als Herausforderung, sondern auch Chance betrachtet, ihre Klasseninteressen gezielt durchzusetzen.

Diese Wahlen waren mit Abstand die teuersten in der Geschichte Indiens. Es wurden 7 Milliarden US-Dollar ausgegeben, mehr als für die Wahlen 2016 in den Vereinigten Staaten (6,5 Milliarden US-Dollar). Ein großer Teil des bei den Wahlen investierten Kapitals war Schwarzgeld. Bis zu 92 Prozent der Mittel, die der Unternehmenssektor den Parteien zur Verfügung stellte, gingen allein an die BJP, während 91 Prozent ihrer gesamten Mittel aus dem Unternehmenssektor

stammten. Dies ermöglichte es der BJP, Millionen für Propaganda in den „sozialen Medien“ auszugeben. Die Kongresspartei hingegen konnte nicht so viel aufwenden. All dies zeigt genau, woher das Modi-Establishment seine Unterstützung erhält. BJP hat die Position der Kongresspartei als zentraler Partei der Bourgeoisie abgelaufen.

Modis Neoliberalismus

Seit der Einführung der neoliberalen Politik in Indien Anfang der 1990er Jahre ist die Zahl der MilliardärInnen drastisch gestiegen. Seitdem hat sich das Vermögen dieser Gruppe vervielfacht. Alle Richtlinien des Modi-Establishments zielen darauf ab, diese Klasse zufriedenzustellen. Dies hat zu einer beschleunigten Verschärfung der Kluft zwischen Reichen und Armen in Indien geführt: 80 Prozent der Bevölkerung verfügen über ein tägliches Pro-Kopf-Einkommen von höchstens 3 US-Dollar. Modi versprach, jedes Jahr 10 bis 12 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, aber die Arbeitslosigkeit ist derzeit auf dem höchsten Stand der letzten drei Jahrzehnte. In den letzten fünf Jahren hat sich der Reichtum von Ambani und verschiedenen anderen großen KapitalistInnen weiter vermehrt, da die

Regierung große Projekte arrangierte, von denen sie profitieren konnten.

Unterdessen wurden auch menschenverachtende Programme wie die Entwertung von Banknoten aufgegriffen, um Banken und Finanzinstitute profitieren zu lassen. Durch den abrupten Einzug von 86 Prozent aller Banknoten war jedeR BürgerIn gezwungen, ein Bankkonto zu eröffnen. Ziel war es, das bestehende Kapital in Banken zu vervielfachen. Infolgedessen verlor eine Reihe von Menschen ihr Leben, die unter der sengenden Sonne in der Schlange standen. Außerdem wurde ein neues Mehrwertsteuer ähnliches System eingeführt, das sich nachteilig auf die kleinen Unternehmen auswirkte und den großen KapitalistInnen zugutekam, indem es ihre Gewinne maximierte.

Soziale Angriffe und Aggression

Während der fünfjährigen Amtszeit von Modi beschleunigte sich die neoliberale Politik und die Gewerkschaften sahen sich schweren Angriffen ausgesetzt. Der Rechtsschutz für Festanstellungen wurde aufgehoben. Schon vorher wurde einer großen Zahl von Menschen dieser Schutz vorenthalten und sie arbeiteten zu

extrem niedrigen
Löhnen. Außerdem wurde der Mindestlohn nicht entsprechend der
steigenden
Inflationsrate erhöht und auch die Arbeitszeitbegrenzung des
Achtsturentags
abgeschafft. Als Reaktion auf all diese Angriffe des Modi-
Regimes auf die
ArbeiterInnen fanden landesweit Proteste in großem Stil statt.
Zu Beginn dieses
Jahres organisierte die indische ArbeiterInnenklasse den
größten Protest der
Welt mit 200 Millionen ArbeiterInnen, die in den Streik
getreten waren. Ebenso
marschierte gegen Ende letzten Jahres die bäuerliche
Organisation Mukti Morcha
(Befreiungsfront), die politisch der Kommunistischen Partei
nahesteht, in Delhi
und erhielt Unterstützung von einer großen Zahl von Jugend-,
Frauen- und
ArbeiterInnenorganisationen.

In dieser
Situation hat Modi seine Kampagne auf hinduistischen
Nationalismus und Feindschaft
mit Pakistan gebaut. Auf diese Weise hat er ein Bild von sich
selbst als Hüter
Indiens angesichts der Bedrohung durch den Feind vermittelt.
Während des
Wahlkampfes wurden eine Reihe von BJP-FührerInnen, darunter
Modi, der
BJP-Parteichef Amit Shah und verschiedene ehemalige
MinisterInnen, für die
Luftangriffe in Pakistans nördlicher Balakot-Region geehrt.
Der
Selbstmordanschlag auf paramilitärische Kräfte in der Region
Pulwama in

Kaschmir wurde voll ausgenutzt. Die Kriegshysterie wurde durch Modis Aussage nach dem Attentat angeheizt: „Wir werden ihre Häuser betreten und sie töten“.

Modi vermittelte der indischen Öffentlichkeit die Botschaft, dass die Souveränität des Landes unter der Regierung seiner Partei in guten Händen ist.

Nach dem Angriff auf Balakot stiegen die chauvinistische Demagogie und die Beliebtheitswerte von Modi in einem beispiellosen Tempo.

Hindutva

Narendra Modi ist ein knallharter hinduistischer nationalistischer Führer und fördert unverschämt die Ideologie der Hindutva. Er nahm ein Bad im heiligen Wasser des Ganges am Zusammenfluss mit dem Yamuna und dem hindu-mythischen Strom Saraswati anlässlich der Kumbh Mela, dem größten religiösen Fest des Hinduismus, was noch kein Premierminister zuvor getan hat. In der letzten Woche der Wahlen meditierte er auch in einer heiligen Höhle. Unterdessen sagte Pragma Singh Thakur (Sadhvi Pragma), die den Wahlkreis Bhopal (der gesamte Distrikt Bhopal und Teile des Sehore-Distrikts) auf dem Ticket der BJP gewann, dass Nathuram Godse, der hinduistische Nationalist, der Mahatma Gandhi 1948 ermordete, ein Patriot war. Godse füllte immer einen wichtigen Status in der

Hindutva-Ideologie aus und eine Reihe von BJP-FührerInnen hat ihn zuvor gefeiert. Pragma Singhs Aussage über Godse erhielt Beifall von Anant Kumar Hegde, einem leitenden Minister der Regierung, und dem Parlamentsabgeordneten Nalin Kumar Kateel.

Ebenso ist Modis Rolle bei den Unruhen in Gujarat (Bundesstaat an der Westküste) kein Geheimnis. Während seines Regimes stiegen die Angriffe auf MuslimInnen und andere Minderheiten, und diese sind in den sich schnell ändernden Zeiten nicht sicher. Es ist klar, dass Modi nicht davor zurückschreckt, seine extremistische Hindutva-Ideologie auszudrücken, d.h. hinduistischen Chauvinismus im Gegensatz zum Hinduismus als Religion, und dass er den Hass zum Grundstein seiner Politik gemacht hat. Die Ideologie der Hindutva macht Muslime/a und Dalits (ehem. Kaste der Unberührbaren) für Armut und Arbeitslosigkeit verantwortlich, die in Wirklichkeit durch Wirtschaftskrisen, Ausbeutung und Korruption verursacht werden, so dass, anstatt gegen das kapitalistische System zu kämpfen, die Menschen entlang religiöser Grenzen gespalten werden. Diese Situation hat zum Untergang des indischen Säkularismus geführt und faschistische Tendenzen gewinnen an Bedeutung. Sollte sich die Wirtschaftskrise verschärfen, ist die Möglichkeit eines faschistischen Regimes in Indien nicht

auszuschließen. Die BJP hat bereits halbfaschistische Merkmale, die eine große Gefahr für die indische Gesellschaft darstellen.

Medien und dynastische Politik

Ein weiterer wichtiger Grund für Modis Sieg ist die Tatsache, dass ihn fast alle großen Medienhäuser unterstützt haben. Wo die BJP auf irgendeine Art von Schwierigkeiten stieß, benutzte die Regierung alle möglichen undemokratischen Methoden, um die Medienfreiheit zu beseitigen. Einige renommierte JournalistInnen, die das Regime kritisieren wollten, wurden getötet. Auf diese Weise entstand eine Atmosphäre der Angst, in der Modi, anstatt mit Fragen über die Ergebnisse der Regierung konfrontiert zu werden, von den Medien als einzige Person gefeiert wurde, die Indien schützen und zu einer Supermacht machen könne.

Die Kongresspartei (Indischer Nationalkongress, INC) unter der Leitung von Rahul Gandhi erlitt bei den diesjährigen Wahlen eine massive Niederlage. Während seine Popularität im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen ist,

zeigt sein

Abschneiden bei den Wahlen auch, dass die indische Öffentlichkeit die Idee der dynastischen Politik ablehnt. Seit der Unabhängigkeit regierte die Kongresspartei über Jahrzehnte, mit einer kurzen Ausnahme, in der einige Allianzen an die Macht kamen. Doch sie war nicht in der Lage, den Massen den guten Lebensstandard zu geben, den Jawaharlal Nehrus „Sozialismus“ versprochen hatte. Stattdessen verwandelte sich seine Herrschaft in eine groß angelegte Zunahme von Dominanz nur einer Familie. So ist es nicht verwunderlich, dass die Kongresspartei in den 1990er Jahren den Grundstein für eine neoliberale Politik legte. Es ist diese politische Linie, die Modi heute mit noch mehr Nachdruck umgesetzt hat. Das indische Volk ist sich daher der Tatsache bewusst, dass die Kongresspartei seinen Lebensstandard nicht verbessern kann. Gleichzeitig hat die Partei ihren Status als traditionelle Vertreterin der bürgerlichen Klasse verloren.

Scheitern der Linksfront

In diesem Szenario hat die Linksfront, die von der Kommunistischen Partei Indiens geführte Allianz, die Westbengalen jahrzehntelang regierte, kein alternatives politisches und wirtschaftliches Programm angeboten.

Stattdessen wurde sie zur Handlangerin der Kongresspartei. Ihre Haltung besteht darin, dass der indische Säkularismus aufgrund der steigenden Popularität der BJP gefährdet sei. Sie ignoriert jedoch die Tatsache, dass die Bilanz der Kongresspartei mit dem Säkularismus auch nicht herausragend war. Tatsächlich war es eine Verschlechterung, und darüber hinaus ist es die Kongresspartei, die den Neoliberalismus in Indien eingeführt hat. Die Haltung der Linksfrente hat die Unterstützerbasis der BJP in keiner Weise beschädigt. Im Gegenteil, die BJP-Popularitätswerte stiegen weiter an.

Die indische Linke, die bei den Wahlen 2005 die dritte Kraft war, sieht sich heute auf insgesamt fünf Sitze begrenzt. Von diesen wurden mindestens drei Sitze durch die Allianz mit der Dravidian Progressive Conference (Dravida Munnetra Kazhagam, DMK) in Tamil Nadu gewonnen (Dravidisch = nicht-indo-arische Sprache in Südindien). Bengalen, wo die KommunistInnen lange Zeit an der Macht blieben, hat sich nun in Richtung BJP verschoben. Dies ist auf die Unterstützung der KPI für kapitalistische Unternehmungen, Versuche, das Land der Bauern und Bäuerinnen zu enteignen, und Korruption zurückzuführen. Tatsächlich ist einer der erfolgreichen Kandidaten der BJP ein ehemaliger Bundesstaatsabgeordneter

der Linken Front.

Bei den letzten Wahlen gewann die Linke Front in Bengalen 29,9 Prozent der Stimmen. In diesem Jahr erreichte sie nur 7,1 Prozent. Hingegen steigerte sich die BJP von nur 17 Prozent beim letzten Mal auf diesmal 40,3 Prozent. Der Hauptgrund dafür ist, dass die kommunistischen Parteien ihre soziale Basis nicht gegen die Angriffe der Trinamool Congress Party (bengalische Abspaltung vom INC, AITC) in den letzten fünf Jahren verteidigt haben. Dadurch konnte sich die BJP als Alternative präsentieren. Auch in Kerala verloren die KommunistInnen, obwohl (oder weil) die KPI an der Regierung waren.

Eine Partei der ArbeiterInnenklasse

Die Wahlniederlage des radikalen Studentenführers Kanhaiya Kumar (Vorsitzender der Allindischen Studierendenföderation, StudentInnenorganisation der KPI) und anderer vergleichsweise radikaler Persönlichkeiten zeigt, dass Veränderungen nicht durch reformistische Parteien und Programme erreicht werden können. Die jungen FührerInnen, die sich gegen die neoliberalen und faschistischen Tendenzen der BJP stellen, müssen sich vom Reformismus lösen

und auf
revolutionärer Grundlage agitieren. Sie müssen sich in der
ArbeiterInnenbewegung auf der Grundlage eines revolutionären
Programms
organisieren und gleichzeitig Einheitsfronten zu bestimmten
Themen mit Kräften
wie der Linken Front, den Gewerkschaften und verschiedenen
sozialen Bewegungen
vorschlagen, um die Wirkungen der ArbeiterInnenkämpfe zu
maximieren. Eine
solche Bewegung muss völlig unabhängig vom Kongress oder
anderen bürgerlichen
Parteien sein.

Revolutionäre
Kräfte sollten sich auch mit der Verteidigung der Interessen
der Bauern und
Bäuerinnen und der ländlichen Armen befassen. Auf diese Weise
kann das
Potential der ArbeiterInnenklasse, der Frauenbewegung und der
Jugend, die
insbesondere beim Generalstreik am Beginn des Jahres sichtbar
wurden, zum Kampf
gegen das Modi-Regime und das kapitalistische System gebündelt
werden.

Nein zu einem Krieg zwischen

Indien und Pakistan!

*Revolutionary Socialist Movement, 3. März 2019, Infomail 1044,
5. März 2019*

Die Spannungen zwischen Indien und Pakistan erreichten Ende Februar dieses Jahres einen dramatischen Höhepunkt.

Am 26. Februar ließ die indische Luftwaffe verlauten, sie habe ein Trainingslager in Balakot in Pakistan angegriffen. Diese Luftschläge waren die ersten auf Ziele jenseits der Kontrolllinie, die seit dem Krieg zwischen den beiden Ländern im Jahr 1971 in die Wege geleitet wurden. Auf einer Pressekonferenz erklärte der indische Außenminister Vijay Gokhale, dass bei den Angriffen eine „große Anzahl“ von „militanten TerroristInnen“, darunter KommandantInnen, getötet und zivile Opfer vermieden worden wären.

Pakistan widersprach dieser Darstellung. Der Generaldirektor der „Inter Services Public-Relations (Presseagentur der Gesamtstreitkräfte)“ (ISPR) der militärischen Institutionen des Landes gab bekannt, dass „indische Flugzeuge aus dem Sektor Muzaffarabad eingedrungen seien. Angesichts der rechtzeitigen und wirksamen Reaktion der pakistanischen Luftwaffe haben sie auf der Flucht in Eile Last abgeworfen, die in der Nähe von

Balakot fiel. Keine
Verluste oder Schäden.“

Als Reaktion darauf schoss die pakistanische Luftwaffe zwei indische Flugzeuge im pakistanischen Luftraum ab. Eines der Flugzeuge stürzte in Asad Jammu und Kaschmir (teilautonomes pakistanisches Gebiet in der zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Region Kaschmir) ab, das andere auf der indischen Seite von Kaschmir. Ein Pilot wurde verhaftet.

Beide Seiten setzten ihre Streitkräfte in Alarmbereitschaft. Eine weitere Eskalation zwischen den beiden atomar bewaffneten Regionalmächten stellte eindeutig eine echte Bedrohung dar. Auch wenn die Regierungen und herrschenden Klassen einen Krieg nicht gewollt oder gar vermieden haben wollten, könnten das Aufkommen nationalistischer Rhetorik auf beiden Seiten, die gegenseitige Androhung von Vergeltungsmaßnahmen und die inneren Widersprüche, die beide Länder heimsuchen, zu einer weiteren Eskalation und einer Ausbreitung des Krieges weit über Kaschmir hinaus geführt haben. Die militärischen Auseinandersetzungen in der Grenzregion dauern an. Der Luftraum über Pakistan und Nordindien wurde für einige Tage für zivile Flüge gesperrt.

Die zunehmenden Spannungen zwischen den beiden Ländern sind selbst ein deutlicher Ausdruck der aktuellen internationalen

Situation und des Kampfes um eine Neuaufteilung der Welt. Vorerst wollen alle imperialistischen AkteurInnen der Welt, die USA, China, die EU und Russland, eine weitere Eskalation in dieser Region vermeiden, die eindeutig dramatische globale Folgen hätte. Russland bot der indischen Regierung eine Vermittlung an. China und Russland wollen natürlich aus wirtschaftlichen und geostrategischen Gründen eine weitere Eskalation zwischen den beiden Staaten verhindern. Ebenso wollen die USA und die europäischen Mächte verhindern, dass die Spannungen außer Kontrolle geraten.

Diese Faktoren haben einen großen Einfluss auf die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte in Indien und Pakistan. Aber wie der jüngste Konflikt gezeigt hat, sind sie bereit, mit dem Feuer zu spielen. Nicht zuletzt deshalb, weil die inneren Widersprüche in beiden Ländern den Nationalismus und damit die nationalistischen Bedrohungen zu einem fast klassischen Mittel machen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu sammeln und die Aufmerksamkeit von der inneren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Krise und dem Widerstand abzulenken. So kann zwar die unmittelbare Gefahr eines Krieges zwischen Indien und Pakistan für den Moment ausgeglichen werden, aber die Ursachen der Krise werden sich keineswegs in Luft auflösen.

Die wahren Opfer – das kaschmirische Volk

Die wahren Opfer des historischen Konflikts zwischen Pakistan und Indien und der zunehmenden Spannungen stellt eindeutig das kaschmirische Volk.

Der indische Staat täuscht die Welt (und seine eigene Bevölkerung), indem er die Wurzeln des Konflikts als eine zwischen einem „demokratischen Staat“ und „TerroristInnen“ darstellt, als ob der Selbstmordanschlag islamistischer Kräfte am 14. Februar ein Einzelfall wäre, der ohne Bezug auf die Besetzung Kaschmirs durch Indien seit der Teilung verstanden werden könnte.

Die indische Armee hat Kaschmir den Krieg aufgezwungen. Tausende von Kaschmiris wurden getötet, verletzt, sind verschwunden und verhaftet. Frauen und Männer wurden vergewaltigt und sexuell missbraucht. Gummigeschossgewehre wurden gegen DemonstrantInnen eingesetzt, die Kinder, Frauen und Jugendliche verletzen und erblinden lassen. Seit Jahrzehnten sind die Menschen mit der einschüchternden und terrorisierenden Präsenz der Waffen des Militärs rund um ihre Häuser und den täglichen Demütigungen von Übergriffen, Missbrauch und Schikanen durch das Militär konfrontiert. Nichts davon demobilisierte jedoch

die politische studentische und Jugendbewegung, deren Widerstand gegen die indische Besatzung sogar Sympathie in Indien und international hervorrief.

Die indische Armee wurde durch den anhaltenden Widerstand und den Angriff im Pulwama-Bezirk vom Februar (siehe oben), bei dem ein islamistischer Selbstmordanschlag auf einen Armeekonvoi in Kaschmir mehr als 40 Mitglieder der Spezialpolizei tötete, frustriert und demoralisiert. Dies wurde zum Vorwand genommen, um die Angriffe auszuweiten und militärische Macht zu demonstrieren, indem Balakot in Pakistans Provinz Khyber Pakhtunkhwa (von 1901 bis 2010: Nordwestliche Grenzprovinz) bombardiert wurde.

Pakistan schoss indische Flugzeuge als Vergeltung ab und nahm einen Piloten gefangen. Der Premierminister des Landes, Imran Khan, bot dann Gespräche und Frieden an. Der Pilot wurde freigelassen und am 1. März als Geste des guten Willens an Indien übergeben. Dies zeigt einerseits die Schwäche und Isolation des pakistanischen Staates, andererseits hofft er, durch dieses Manöver sowohl regional als auch global zu profitieren. Viele aus der pakistanischen Linken lobten dies und unterstützten den taktischen Zug der Regierung, was ihr einen linken Deckmantel verlieh. Das ist nicht nur unehrlich, es ist auch selbstzerstörerisch. Wenn es nicht gelingt, die ganze Heuchelei des

pakistanischen Staates aufzudecken, wenn nicht auf die Verletzung und Verweigerung der demokratischen Rechte für die belutschischen, paschtunischen, sindhschen und muhajirischen Völker und Nationalitäten innerhalb Pakistans verwiesen wird, spielt dies den ZynikerInnen der Regierung in die Hände, die sich als rationale „VerteidigerInnen der Nation“ oder des kaschmirischen Volkes präsentieren.

In Wirklichkeit hat nicht nur Indien, sondern auch Pakistan dem kaschmirischen Volk das Recht verweigert, über das Schicksal seines eigenen Landes zu entscheiden. Kein Wunder, dass die Kaschmiris mit der pakistanischen Art der Kontrolle und Plünderung ihrer Ressourcen nicht zufrieden sind. Tatsächlich ist Pakistan bestrebt, den kaschmirischen nationalen Kampf entlang religiöser Spaltungslinien auseinanderzudividieren und ihn dadurch zu schädigen, mit der Absicht, ihn zu einem Werkzeug im Kampf um die regionale Macht zu machen.

Wir SozialistInnen sind gegen diesen Krieg. Die ArbeiterInnen, die Jugendlichen, die Volksmassen Indiens und Pakistans dürfen sich nicht zu Werkzeugen in den Auseinandersetzungen zwischen den nationalistischen bürgerlichen FührerInnen machen lassen. Ein Krieg würde nur den Kapitalistinnen und den herrschenden Eliten dienen. Gleichzeitig dürfen wir,

so sehr wir uns einem solchen Krieg widersetzen, die so genannte „Friedenspolitik“ dieser Regierungen nicht anerkennen. Sie ist nur ein Mittel, um ihre Klasseninteressen als Formen der „nationalen Verteidigung“ darzustellen.

Um der Region echten Frieden zu bringen, müssen wir, die pakistanischen und indischen Linken, ArbeiterInnen, Jugendlichen und alle Unterdrückten, uns mit dem kaschmirischen Volk solidarisieren. Die kaschmirische Bevölkerung ist es, die seit Jahrzehnten mit den Folgen von Besetzungs- und Machtkonflikten zwischen Indien und Pakistan konfrontiert ist. Die jüngste Verschärfung der Spannungen und die Situation, in der sich die einfachen Kaschmiris auf beiden Seiten der Kontrolllinie befinden, zeigen dies. Eine militärische Eskalation zwischen Indien und Pakistan könnte ihr ganzes Land zerstören und es zu einem blutigen Kampfplatz machen.

Ohne den Abzug der indischen und pakistanischen Armeen aus Kaschmir wird es keinen Frieden auf dem Subkontinent geben. Ohne dies können die Kaschmiri über ihr Schicksal nicht frei entscheiden, ihr Selbstbestimmungsrecht nicht ausüben.

Während wir das Recht der Guerillas, sich den Besatzungskräften zu widersetzen, anerkennen und verteidigen, schlagen wir eine andere politische Strategie vor: eine Strategie der

Klassensolidarität und des
gemeinsamen Kampfes, um die indische und pakistanische
ArbeiterInnenklasse für die
Auseinandersetzung um das Recht auf Selbstbestimmung und
Unabhängigkeit zu
gewinnen. Wir treten für einen massenhaften Kampf der
ArbeiterInnen,
Bauern und Bäuerinnen und Armen ein und verbinden den Kampf um
Selbstbestimmung mit dem für eine sozialistische Zukunft. Es
ist die Pflicht
jedes/r SozialistIn in Indien und Pakistan, den kaschmirischen
Kampf für
Unabhängigkeit zu unterstützen und ihn mit dem gegen
imperialistische
Ausbeutung und für eine sozialistische Konföderation Südasiens
zu verbinden.

Generalstreik legt Indien lahm

Martin Suchanek, Infomail 1037, 10. Januar 2019

Fast 200 Millionen Menschen legten Indien mit einem
Generalstreik am 8. und 9. Januar lahm. Zur landesweiten
Arbeitsniederlegung
war von der indischen „National Convention of Workers“
aufgerufen worden, die 10
Gewerkschaftsverbände (INTUC, AITUC, HMS, CITU, AIUTUC, TUCC,
AICCTU, SEWA,

LPF, UTUC) und mehrere unabhängige Vereinigungen von Lohnabhängigen umfasst.

Somit unterstützten alle größeren Gewerkschaftsverbände den Aufruf, abgesehen von „Bhartiya Mazdoor Sangh“ (Indische Arbeiterinnenunion, BMS), dem „Gewerkschaftsflügel“ der rechten, hindu-chauvinistischen „Rashtriya Swayamsevak Sangh (Nationale Patriotische Freiwilligenunion)“. Diese Vereinigung bildet ein Herzstück der regierenden rechts-populistischen, chauvinistischen und neo-liberalen BJP (Indische Volkspartei) von Präsident Narendra Modi. Die BMS denunzierte den Streik als „politische Aktion“, die gegen die Regierung gerichtet sei. In der Tat war dies der Generalstreik genau – und so sollte es auch sein!

Kein Wachstum für die ArbeiterInnenklasse

Nach 2015 und 2016 war dies der dritte Generalstreik, der sich gegen die massiven neoliberalen Angriffe und Gesetze richtete, die die ArbeiterInnenklasse, die Bauern-/Bäuerinnenschaft, die städtische und ländliche Armut getroffen haben. Das Wachstum des indischen Kapitalismus unter der Modi-Regierung hat den Massen keinen wirtschaftlichen Nutzen gebracht.

Am Ausstand beteiligten sich Beschäftigte aus allen Sektoren der indischen Wirtschaft, ob organisiert oder unorganisiert. So unterschiedliche Bereiche wie Eisenbahnen, Verteidigungsindustrie, Gesundheitswesen, Bildung, Wasser, Banken, Versicherungen, Telekommunikation, Öl, Kohle, öffentliche Verkehrsmittel und Bauwesen folgten dem Aufruf. Neben gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen aus dem öffentlichen und privaten Sektor, aus „alten“ Industrien und der IT-Branche schlossen sich Millionen von nicht organisierten an – Rikscha-, Auto-Rikscha- und TaxifahrerInnen, LandarbeiterInnen, Beedi-ArbeiterInnen (Beedi ist eine zigarettenähnliche Tabakware) und TextilarbeiterInnen, WanderarbeiterInnen, HeimarbeiterInnen und Hausangestellte. Alle diese Sektoren schlossen sich am 8. und 9. Januar gegen die Politik der neoliberalen, arbeiterInnenfeindlichen und repressiven Modi-Regierung zusammen und gegen das indische und ausländische Großkapital, dessen Interessen sie bedient.

Der Streik stellt zweifellos einen enormen Erfolg dar, beteiligte sich doch rund ein Drittel aller Lohnabhängigen des Landes – und das trotz massiver Repression gegen Streikende.

So versuchten am 8. Januar vielerorts staatliche Organe, durch Verhaftungen bis hin zu körperlichen Angriffen den Streik zu brechen, an

anderen griffen Gangs oder Sicherheitsdienstete Lohnabhängige an. Dazu einige Beispiele.

Im Industriegürtel in Neemrana in der Provinz Rajasthan griff der Sicherheitsdienst der Fabrik Daikin Air Conditioning India Pvt. Ltd.

ArbeiterInnen physisch an, um den Streik zu brechen. Dabei wurden einige verletzt, andere sollten zur Arbeit gezwungen werden. Aber der Streik hielt und war erfolgreich.

Das Unternehmen buchte außerdem drei Nobelhotels, um Sicherheitsleute und einige LeiharbeiterInnen unterzubringen. Aber mit diesen Mitteln konnte es den Streik nicht verhindern. Dafür organisierten die ArbeiterInnen zahlreicher Betriebe eine lebhaftere Kundgebung in diesem Industriegürtel, inmitten der japanisch-indischen Freihandelszone.

Ähnliche Szenen prägten den Streik in vielen Städten – aber die enorme Masse und Entschlossenheit ermöglichte es, den Generalstreik durchzusetzen.

Was steht auf dem Spiel?

Warum aber wurde und wird der Kampf geführt? Die „National

Convention of Workers“ tagte zum ersten Mal im September und beleuchtete dabei einige der Themen, die eine lohnabhängige Erwerbsbevölkerung von etwa 500 Millionen Menschen betreffen.

Etwa 82 Prozent der männlichen und 92 Prozent der weiblichen Arbeit„nehmer“ verdienen weniger als 10.000 indische Rupien (etwa 125 Euro) pro Monat und liegen damit selbst noch weit unter dem von der indischen Central Pay Commission empfohlenen Mindestlohn von 18.000 Euro. „Dies deutet darauf hin, dass eine große Mehrheit der InderInnen nicht einmal bezahlt wird, was als Existenz sichernder Lohn bezeichnet werden kann, und das erklärt auch den starken Run auf Regierungsjobs“, erklärten GewerkschafterInnen.

Seit mehreren Jahren sind Unterbeschäftigung und niedrige Löhne Schlüsselprobleme für die Masse der indischen ArbeiterInnenklasse, aber in letzter Zeit ist sogar die Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen. Sie liegt jetzt offiziell über 5 Prozent, aber für die Jugend ist sie mit rund 16 Prozent deutlich höher. Auch die besser ausgebildeten Menschen sind überdurchschnittlich betroffen, ein klares Zeichen dafür, dass das indische kapitalistische Wachstum eine noch schneller wachsende ArbeiterInnenklasse nicht absorbieren kann.

Die Regierung hat alle Forderungen nach einem Mindestlohn und anderen grundlegenden Forderungen der Beschäftigten und der Gewerkschaften ignoriert wie z. B. nach allgemeinen sozialen Sicherungssystemen (Krankenversicherung, Renten, ...), nach Rechten der Beschäftigten, einschließlich von Löhnen und Arbeitsbedingungen, sowie Forderungen gegen die Privatisierung einschließlich jener des Finanzsektors. Die Regierung Modi hat sich auch geweigert, internationale Abkommen wie die ILO-Konvention 177 über Heimarbeit und 189 über Hausarbeit zu ratifizieren. Stattdessen hat sie 44 zentrale Arbeitsgesetze aufgehoben und neue, noch unternehmerfreundlichere Regelungen sowie ein neues Rentensystem eingeführt.

Darüber hinaus haben sowohl die von der BJP geführte Zentralregierung als auch die Regierungen verschiedener Bundesstaaten den repressiven Apparat und die reaktionären Kräfte eingesetzt, um ArbeiterInnenproteste, StudentInnenaktionen, Frauenmärsche und Mobilisierungen von Bauern und Bäuerinnen einzuschüchtern, zu unterdrücken und anzugreifen.

Natürlich muss eine solche Regierung durch eine umfassende Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse, der Bauern/Bäuerinnen und der Armen bekämpft werden, da sie, wie der Aufruf zum Streik zeigt, nicht nur den reaktionären Hindu-Chauvinismus vertritt, sondern auch die Interessen der

gesamten indischen kapitalistischen Klasse und der Monopole aus den imperialistischen Ländern. So hieß es im Aufruf zum Streik:

„Um den Interessen der multinationalen Unternehmen mit indischen Niederlassungen zu dienen, verfolgt die gegenwärtige Regierung eine eklatante menschenfeindliche, arbeitnehmerfeindliche und antinationale Politik auf Kosten der schweren Schädigung der Volkswirtschaft und der Zerstörung ihrer einheimischen Produktionskapazitäten. Ein solches Regime muss entschieden besiegt werden, um die Personen zu Veränderungen in der Politik an allen Fronten zu zwingen.“

Auch wenn diese Passagen selbst eine reformistische (und implizit auch links-nationalistische) Stoßrichtung vertreten, so prangern sie zu Recht die Klassenpolitik der Regierung an.

Landbevölkerung

Natürlich sind nicht nur die LohnarbeiterInnen von dieser Politik betroffen. Der Kisan-Mukti-Marsch, bei dem sich am 29. und 30. November Bauern, Bäuerinnen und LandarbeiterInnen in der Hauptstadt versammelten, vereint die immer häufiger und intensiver werdenden Proteste von Dorfgemeinden im ganzen Land. Dies führte zur Gründung einer einzigen

Dachorganisation, dem All India Kisan Sangharsh Coordination Committee (AIKSCC), das sich auf über 200 lokale und landesweite Bauern-Bäuerinnenorganisationen stützt. Bhoomi Adhikar Andolan (BAA), eine mächtige Plattform von Organisationen der Bauern und Bäuerinnen, hat auch zum Generalstreik aufgerufen. Die der CPI (M) (Communist Party of India/Marxist) nahestehende AIKS (All India Kisan Sabha) organisierte schon 2018 einen zweitägigen landesweiten Massenprotest.

All das spiegelt die Verschlechterung der Lage auf dem Land wider. In den letzten vier Jahren gab es einen jährlichen Rückgang der Realinvestitionen in der Landwirtschaft um 2,3 Prozent und die Wachstumsrate der Agrarkredite hat sich auf 12 Prozent verlangsamt, verglichen mit 21 Prozent im letzten Jahrzehnt. Diese Zahlen spiegeln den langfristigen Trend zur Aufgabe des Agrarsektors durch aufeinanderfolgende Regierungen wider.

Der indische Export von Agrarprodukten sank, während sich die Importe in weniger als 10 Jahren verfünffacht haben. Zwei Drittel der indischen Bevölkerung sind für ihren Lebensunterhalt von der Landwirtschaft abhängig, aber die Landwirtschaft macht nur 14 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes aus. Trotz der starken Abwanderung in die Städte in den letzten zwei Jahrzehnten lebt immer noch mehr als die Hälfte der

Bevölkerung in ländlichen Gebieten – und das unter immer prekäreren Bedingungen.

Schon vor dem Generalstreik kam es nicht nur zu beeindruckenden Streikaktionen von Sektoren der ArbeiterInnenklasse wie seit dem September 2018 in Rajasthan, sondern auch zu massiven Protesten der Studierenden. In jüngster Zeit stand die Massenmobilisierung von Frauen gegen den reaktionären hinduistischen Chauvinismus auf der Tagesordnung: die „Frauenmauer“ im Bundesstaat Kerala für die Gleichstellung der Geschlechter. Am 1. Januar schlossen sich etwa 5 Millionen Frauen in einer Menschenkette zusammen, um eine 620 Kilometer lange „Mauer“ von der nördlichen bis zur südlichen Grenze Keralas zu bilden. Gegen den hinduistischen Chauvinismus und ein reaktionäres Urteil des Obersten Gerichtshofes fordern sie ihr Recht, den Lord-Ayyappa-Tempel zu betreten, von dem sie traditionell ausgeschlossen sind.

Das Potenzial des Generalstreiks

Daher zeigen nicht nur die massive Zahl der ArbeiterInnen, die mobilisiert wurden, sondern auch der Anstieg dieser Massenbewegungen von Bauern/Bäuerinnen, Frauen und StudentInnen, dass das Regime des

erz-reaktionären Modi in die Defensive gebracht und sogar gestürzt werden könnte.

Die regierende BJP hat kürzlich in fünf Bundesstaaten die Wahlen verloren. Die WählerInnen aus den ländlichen Gebieten zeigten ihre Wut auf die Regierung, weil sie sie in ihrer Zeit der Not nicht unterstützt hat. So wurde die BJP in Rajasthan, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Telangana und Mizoram an den Urnen abgestraft. Die von der Modi-Regierung vertretene neoliberale und wirtschaftsfreundliche Politik ist die Hauptursache für die Niederlage der BJP.

Um die Regierung Modi zu besiegen, müssen aber auch die politischen Lehren aus den Generalstreiks der letzten Jahre und Tage gezogen werden. Die Gewerkschaften und die Bauern-/Bäuerinnenverbände haben sich als fähig erwiesen, Massen in wirklich historischem Maßstab in den Kampf zu führen – 150 bis 200 Millionen! Aber es wurde ebenso deutlich, dass ein- oder zweitägige Generalstreiks nicht ausreichen, um die Regierung oder die KapitalistInnen zu stoppen. Sie haben sich als unzureichend erwiesen, um die Forderungen nach einem Mindestlohn, einer sozialen Absicherung, einer ausreichenden Altersversorgung usw. durchzusetzen.

Wenn der Generalstreik ein voller Erfolg werden, also seine

Ziele durchsetzen soll, muss er unbefristet durchgeführt werden, bis die Forderungen erfüllt sind.

Ein solcher Streik wäre natürlich mit noch schwerwiegenderen Repressionen, Schikanen, der Mobilisierung sowohl des Repressionsapparats als auch der reaktionären hindu-chauvinistischen Kräfte, der rechten oder gar faschistischen Banden und Milizen aus dem Umfeld der BJP konfrontiert.

Nichtsdestotrotz haben die „National Convention of Workers“ sowie die Unterstützung von Massenbauern-/Bäuerinnenorganisationen und durch die Kommunistischen Parteien begonnen, eine Einheitsfront der ArbeiterInnen, Bauern und BäuerInnen sowie aller Unterdrückten für ihre sozialen und politischen Forderungen zu schaffen.

Nun sollten alle Gewerkschaften, alle ArbeitInnenorganisationen dem Konvent beitreten, sich mit den Bauern-/Bäuerinnenbewegungen, den StudentInnen- und Frauenorganisationen verbünden, um den Kampf gegen die Ausbeutung mit dem für demokratische Rechte und Gleichberechtigung der Frauen, die Rechte der unterdrückten Nationalitäten und gegen das religiösen Sektierertum sowie für die wirkliche Abschaffung des Kastensystems zu verbinden.

Eine solche einheitliche Front darf nicht nur eine Vereinbarung zwischen den FührerInnen der Massenorganisationen

sein. Um einen unbefristeten Generalstreik zu organisieren, zu verteidigen und auszuweiten, sollten an allen Arbeitsplätzen, in allen Wohnvierteln der ArbeiterInnenklasse, in den Megacities, in den Städten und auf dem Land Aktionskomitees geschaffen werden. Die StreikführerInnen sollten gewählt, rechenschaftspflichtig und diesen Organen gegenüber rückrufbar sein. Die Komitees sollten zentralisiert operieren, um eine nationale Koordination und schlagkräftige Führung des Kampfes zu gewährleisten, damit sie noch größere Massen erreichen und auch ihre eigene Selbstverteidigung organisieren können.

Eine solche Bewegung könnte Modi und die hinduistisch-chauvinistische Bewegung stoppen. Die Geschichte zeigt aber, dass sich RevolutionärInnen innerhalb einer solchen Bewegung auch mit der Frage der politischen Strategie und des Programms befassen müssen. Im Jahr 2019 finden in Indien allgemeine Wahlen statt. Man muss kein politisches Genie sein, um zu erkennen, dass die meisten GewerkschaftsführerInnen und vor allem die FührerInnen der so genannten „Kommunistischen Parteien“ – der CPI und CPI (M) – versuchen werden, die Bewegung in eine elektoralistische Richtung zu lenken. Sie werden sich darauf konzentrieren, wie man Modi und die BJP verdrängt und die „linke“ bürgerliche Alternative, die Kongresspartei, mit einiger

Unterstützung der reformistischen KPen auf regionaler oder sogar nationaler Ebene ans Ruder bringt. Das wäre keine Lösung. Es würde nur bedeuten, die Regierungsgewalt von einer Fraktion der Bourgeoisie auf eine andere zu übertragen, und unweigerlich zu einer massenhaften Desillusionierungswut führen.

Die Linke muss vielmehr die Forderung nach einem unbefristeten und demokratischen Generalstreik mit der Notwendigkeit verbinden, sich von der Politik der politischen Bündnisse mit dem Kongress zu lösen. Solche Allianzen führen nur zur Unterordnung der ArbeiterInnenbewegung unter die indische „fortschrittliche“ Bourgeoisie, wie die Regierungsbeteiligungen von CPI und CPI (M) seit Jahrzehnten immer wieder verdeutlichen. Daher müssen RevolutionärInnen auch die gegenwärtige politische Krise und Gärung nutzen, um die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer revolutionären ArbeiterInnenpartei in Indien zu lenken, einer Partei, die die Arbeiterklasse dazu bringen könnte, nicht nur das Modi-Regime zu stürzen, sondern auch das kapitalistische System herauszufordern und durch eine ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenregierung zu ersetzen, die auf Räten und dem bewaffneten Volk basiert, die die Großkonzerne enteignen und einen demokratischen Plan einführen würde, um den Bedürfnissen der Hunderte von Millionen ArbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen und Armen gerecht

zu werden.

Vergewaltigung und Missbrauch von Frauen in Indien und Pakistan: Für eine proletarische Frauenbewegung im Kampf gegen Unterdrückung!

Shazia Shahzad, Pakistan, Infomail 669, 15. Februar 2013

Die Vergewaltigung und Ermordung einer jungen Studentin im Bus nach Delhi im Dezember 2012 hat eine massive Bewegung in Indien aufflammen lassen. Hunderttausende, wenn nicht Millionen schlossen sich zusammen, um gegen den alltäglichen Missbrauch von Frauen zu demonstrieren, gegen die weit verbreitete sexistische und patriarchalische Struktur und das Verhalten innerhalb der Gesellschaft und die Mitschuld von politischen Behörden, der Polizei, der Kapitalisten und der Großgrundbesitzer.

Vergewaltigung und Frauenunterdrückung in Indien

Die junge Frau wurde auf dem Weg nach Hause vergewaltigt, nachdem sie und ihr Freund einen Film angeschaut hatten und in den Bus in der Munirka-Gegend von Delhi eingestiegen waren, um nach Dwarka im Südwesten der Stadt zu fahren. Sechs Männer fingen an, die Frau anzumachen, dass sie abends allein mit einem Mann sei und beschlossen, ihr „eine Lektion“ zu

erteilen. Sie wurde fast eine Stunde lang vergewaltigt und sie wie auch ihr Freund wurden mit Eisenstangen geschlagen und aus dem fahrenden Bus auf die Straße geworfen. Daran ist sie zwei Wochen später gestorben.

Indien ist das Land mit der höchsten Zahl von Vergewaltigungen in der Welt; sogar die offiziellen Statistiken besagen, dass alle 20 Minuten eine Frau in Indien vergewaltigt wird. In Delhi wurden 660 Fälle von Vergewaltigungen im Jahr 2012 bekannt, die Situation auf nationaler Ebene ist noch viel schlimmer. Es ist zudem allgemein bekannt, dass die tatsächliche Zahl der Vergewaltigungen noch viel höher liegt als die Zahl der offiziell berichteten Fälle. Höchstens einer von fünf Fällen wird bekannt, da die Frauen sich vor der Schande in ihrer Familie und der Nachbarschaft fürchten.

Auch Polizei und Justiz diskriminieren Frauen. Pakistan sieht sich den gleichen Problemen wie Indien gegenüber – ja sogar schlimmer, weil es in Pakistan zusätzlich noch regressive Gesetze gegen die Gleichstellung der Frau im Namen von Sharia und „pakistanischer Kultur“ gibt.

Aber das Schlimmste – sowohl in Indien wie in Pakistan – ist, dass vergewaltigten Frauen unterstellt wird, selbst Schuld zu sein, da sie sich provokant kleiden würden oder weil sie nachts nicht draußen sein sollten.

Dies stigmatisiert nicht nur die Frauen, sondern schafft auch einen starken reaktionären Druck für ihren Ausschluss aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben. Das Ergebnis ist eine massive, unglaubliche Beschränkung für die Frauen und ihre Mobilität, auch dabei, was sie zu ihrer eigenen „Sicherheit“ anziehen dürfen. Es ist „normal“, dass Frauen, die Opfer von Vergewaltigung wurden, beweisen müssen, dass sie „nicht schuldig“ sind und keine „problematische“ Vergangenheit haben.

So hat im Fall von Mukhtar Mai und anderen

Massenvergewaltigungen in Pakistan, der damalige Präsident, General Musharraf, der ein enger Verbündeter des amerikanischen Imperialismus war, die vergewaltigten Frauen beschuldigt, Geld verdienen zu wollen, wenn sie ihre Vergewaltigung an die Öffentlichkeit bringen.

Massenbewegung in Indien

Der neueste schockierende Vorfall mobilisierte die Menschen in Indien über die Bedingungen rund um Vergewaltigung u.a. Übergriffe auf Frauen. Abertausende wütende DemonstrantInnen gingen auf die Straße und forderten Gerechtigkeit für die Opfer und mehr Sicherheit und Schutz für Frauen. Vor allem viele Frauen demonstrierten gegen eine Kultur, die Vergewaltigung rechtfertigt und den Frauen die Schuld dafür gibt, „Männer zur Vergewaltigung zu provozieren“. Auf einem Plakat stand: „Bringt mir nicht bei, wie ich mich anziehen soll, bringt euren Söhnen bei, keine Vergewaltiger zu sein“.

Das Argument, dass diese Proteste nur deshalb zustande kamen, weil das Opfer aus der Mittelschicht kam, ist falsch. Tatsache ist, dass die junge Frau nicht aus der „Mittelschicht“ kam. Sie war die Tochter eines Flughafenarbeiters mit einem Monatslohn von 7.000 Rupien und sie arbeitete nachts, um ihre Ausbildung als Studentin der Psychotherapie zu finanzieren. Aber dies ist nicht der Punkt – normalerweise würde der Missbrauch einer Mittelschichtfrau nicht zu so einem öffentlichen Aufschrei führen.

Zweifellos hat die Tatsache, dass solch eine brutale Gruppenvergewaltigung in der Hauptstadt von Indien passiert ist, zur Auslösung der Proteste beigetragen, auch wenn die Situation auf dem Land ist noch weit schlimmer ist. Dort sind Frauen aus den unterdrückten niederen Kasten, religiösen Minderheiten, aus unterdrückten Nationalitäten und Frauen aus der Arbeiterklasse mit einer noch brutaleren Situation konfrontiert. Die Berichte von Vergewaltigungsfällen zeigen, dass der Staat und die kapitalistische Klasse die Situation

benutzen, um die Kontrolle über die Menschen zu haben, die sich zur Wehr setzen gegen die Politik des Neoliberalismus, gegen Unterdrückung und Ausbeutung durch die Kapitalisten und Großgrundbesitzer oder jene, die gegen nationale Unterdrückung kämpfen, wie in Kaschmir.

Die Proteste und Bewegungen werden durch die Kombination von mehreren scharfen Widersprüchen erzeugt. Gewiss entstanden sie in solchen Ausmaßen, weil der Staat nicht einmal in der Lage ist, die Frauen selbst in Städten zu schützen. Zugleich drücken sie auch die Wut aus gegen die Position der Frauen in der Gesellschaft. So wie in anderen Ländern wirken sich die Belastungen der ökonomischen Krise, wie steigende Preise, sinkende soziale Leistungen oder schlechte Wohnverhältnisse auf Frauen am stärksten aus.

Diese Proteste sind ein Hoffnungsschimmer nicht nur im Kampf gegen sexuelle Übergriffe und die schreckliche Situation der indischen Frauen; sie sind auch ein Hoffnungsschimmer, dass die pakistanische Arbeiterbewegung sich der Frage der Frauenunterdrückung stellt, dieses Problem als ein zentrales Thema aufnimmt und dagegen kämpft.

Weg in die Zukunft

Die Massenbewegung in Indien zeigt, dass Millionen von Frauen nicht bereit sind, die „Normalität“ ihrer täglichen Unterdrückung in der Gesellschaft zu akzeptieren. Diese Bewegung wurde zwar von einem besonders brutalen Ereignis ausgelöst, aber der Grund, weshalb die Frauen auf die Straßen gingen, ist das Ergebnis der Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung in einem halbkolonialen Kapitalismus wie Indien oder Pakistan.

In Indien wurden Millionen von Frauen in den Arbeitsmarkt geworfen, wurden Teil des Proletariats unter verheerenden Ausbeutungsbedingungen. Dies trifft nicht nur für die dynamische kapitalistische Entwicklung in Indien zu. Auch in

Pakistan wurden Frauen während der fieberhaften Entwicklung vor der großen kapitalistischen Krise in die Produktion einbezogen.

Zur gleichen Zeit sind beide Länder und auch viele andere Länder in Asiens „sich entwickelndem Kapitalismus“ geprägt von vorkapitalistischen Erscheinungen wie den feudalen Formen der Ausbeutung und das Kastensystem. All zu oft haben Frauen noch nicht einmal die formale Gleichberechtigung erreicht.

Die Rolle der Polizei, die Benutzung der Vergewaltigung als Waffe gegen unterdrückte Nationalitäten (wie in Kaschmir) und niedrige Kasten, die Verwendung von Einschüchterung und Misshandlung von den Bossen in der Fertigung sind tägliche Beispiele, die aufzeigen, dass keine Gerechtigkeit für Frauen von der herrschenden Klasse und dem Staat erwartet werden kann. Auch wenn die sechs Vergewaltiger ernsthaft verurteilt werden, sollte niemand Illusionen haben über den patriarchalen Charakter der staatlichen Institutionen und ihre Mitschuld, wenn nicht sogar Beteiligung, an den schlimmsten Formen der Unterdrückung.

Frauenbewegung

Als RevolutionärInnen kämpfen wir gegen die Unterdrückung der Frauen in jeder Form. Dies bedeutet, dass wir für vollständige Gleichberechtigung kämpfen müssen. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass die Schuldigen der Unterdrückung oder Vergewaltigung von Frauen und jungen Mädchen vor Gericht gebracht werden, aber nicht vor eine ungewählte Justiz der reichen Männer, sondern vor Gerichte, die von der Masse der Bevölkerung, der Armen, der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der unteren Kasten und national Unterdrückten gewählt sind. Mindestens die Hälfte dieser gewählten Gerichte sollte von Frauen besetzt sein.

Im Kampf gegen Unterdrückung und Missbrauch müssen wir permanent gegen alle Formen von Sexismus im öffentlichen

Leben, auf der Arbeit und in der Familie kämpfen. Wir fordern öffentliche Mittel für Frauenzufluchtsorte und die Aufhebung aller Beschränkungen des Rechts auf Scheidung. Eine Ausbildung in Selbstverteidigung sollte für alle Frauen möglich sein.

Sicherlich ist das Selbstbewusstsein der Frauen und ihre demokratische Gleichberechtigung nicht genug. Um es Frauen zu ermöglichen, eine vollwertige Rolle in der Gesellschaft, bei der Arbeit, in der Politik und in der Arbeiterbewegung zu spielen, müssen wir für gleiche Bezahlung, für staatliche Bereitstellung von Kinderbetreuung, für menschenwürdige Behausung und ein Minimum an Einkommen für Arbeitslose, für geschiedene Frauen mit wenig oder gar keinem Einkommen oder für Rentner kämpfen, für ein Grundeinkommen, um den Lebensstandard zu erhalten, der von der Arbeiterbewegung festgesetzt wird und an Preissteigerungen angepasst wird.

Um ein solches Programm durchzusetzen, müssen Frauen an vorderster Front aller sozialen und politischen Bewegungen stehen. Dies bezieht auch den Kampf gegen den weit verbreiteten Chauvinismus und Sexismus innerhalb der Arbeiterbewegung und der Bewegungen der Unterdrückten selbst ein. Um in der Lage zu sein, dies zu tun, müssen die Frauen das Recht auf einen Caucus, d.h. auf eigene Treffen und Versammlungen haben.

Frauenunterdrückung in Indien und Pakistan – wie in allen Ländern – ist eng mit der kapitalistischen Ausbeutung selbst verknüpft, wo Frauen wie Waren oder Haussklavinnen behandelt werden. Es wird kein Ende der Frauenunterdrückung insgesamt geben, ohne den Kapitalismus zu stürzen – ohne soziale Revolution.

Um diese Kämpfe zu vereinen und die Frauen in den Vordergrund zu stellen, brauchen wir eine Massenbewegung der am meisten ausgebeuteten Frauen, eine Massenbewegung der Frauen der Arbeiterklasse.

Vergewaltigung und Missbrauch von Frauen in Indien und Pakistan: Für eine proletarische Frauenbewegung im Kampf gegen Unterdrückung!

Shazia Shahzad, Pakistan, Infomail 669, 15. Februar 2013

Die Vergewaltigung und Ermordung einer jungen Studentin im Bus nach Delhi im Dezember 2012 hat eine massive Bewegung in Indien aufflammen lassen. Hunderttausende, wenn nicht Millionen schlossen sich zusammen, um gegen den alltäglichen Missbrauch von Frauen zu demonstrieren, gegen die weit verbreitete sexistische und patriarchalische Struktur und das Verhalten innerhalb der Gesellschaft und die Mitschuld von politischen Behörden, der Polizei, der Kapitalisten und der Großgrundbesitzer.

Vergewaltigung und Frauenunterdrückung in Indien

Die junge Frau wurde auf dem Weg nach Hause vergewaltigt, nachdem sie und ihr Freund einen Film angeschaut hatten und in den Bus in der Munirka-Gegend von Delhi eingestiegen waren, um nach Dwarka im Südwesten der Stadt zu fahren. Sechs Männer fingen an, die Frau anzumachen, dass sie abends allein mit einem Mann sei und beschlossen, ihr „eine Lektion“ zu erteilen. Sie wurde fast eine Stunde lang vergewaltigt und sie wie auch ihr Freund wurden mit Eisenstangen geschlagen und aus dem fahrenden Bus auf die Straße geworfen. Daran ist sie zwei

Wochen später gestorben.

Indien ist das Land mit der höchsten Zahl von Vergewaltigungen in der Welt; sogar die offiziellen Statistiken besagen, dass alle 20 Minuten eine Frau in Indien vergewaltigt wird. In Delhi wurden 660 Fälle von Vergewaltigungen im Jahr 2012 bekannt, die Situation auf nationaler Ebene ist noch viel schlimmer. Es ist zudem allgemein bekannt, dass die tatsächliche Zahl der Vergewaltigungen noch viel höher liegt als die Zahl der offiziell berichteten Fälle. Höchstens einer von fünf Fällen wird bekannt, da die Frauen sich vor der Schande in ihrer Familie und der Nachbarschaft fürchten.

Auch Polizei und Justiz diskriminieren Frauen. Pakistan sieht sich den gleichen Problemen wie Indien gegenüber – ja sogar schlimmer, weil es in Pakistan zusätzlich noch regressive Gesetze gegen die Gleichstellung der Frau im Namen von Sharia und „pakistanischer Kultur“ gibt.

Aber das Schlimmste – sowohl in Indien wie in Pakistan – ist, dass vergewaltigten Frauen unterstellt wird, selbst Schuld zu sein, da sie sich provokant kleiden würden oder weil sie nachts nicht draußen sein sollten.

Dies stigmatisiert nicht nur die Frauen, sondern schafft auch einen starken reaktionären Druck für ihren Ausschluss aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben. Das Ergebnis ist eine massive, unglaubliche Beschränkung für die Frauen und ihre Mobilität, auch dabei, was sie zu ihrer eigenen „Sicherheit“ anziehen dürfen. Es ist „normal“, dass Frauen, die Opfer von Vergewaltigung wurden, beweisen müssen, dass sie „nicht schuldig“ sind und keine „problematische“ Vergangenheit haben.

So hat im Fall von Mukhtar Mai und anderen Massenvergewaltigungen in Pakistan, der damalige Präsident, General Musharraf, der ein enger Verbündeter des amerikanischen Imperialismus war, die vergewaltigten Frauen

beschuldigt, Geld verdienen zu wollen, wenn sie ihre Vergewaltigung an die Öffentlichkeit bringen.

Massenbewegung in Indien

Der neueste schockierende Vorfall mobilisierte die Menschen in Indien über die Bedingungen rund um Vergewaltigung u.a. Übergriffe auf Frauen. Abertausende wütende DemonstrantInnen gingen auf die Straße und forderten Gerechtigkeit für die Opfer und mehr Sicherheit und Schutz für Frauen. Vor allem viele Frauen demonstrierten gegen eine Kultur, die Vergewaltigung rechtfertigt und den Frauen die Schuld dafür gibt, „Männer zur Vergewaltigung zu provozieren“. Auf einem Plakat stand: „Bringt mir nicht bei, wie ich mich anziehen soll, bringt euren Söhnen bei, keine Vergewaltiger zu sein“.

Das Argument, dass diese Proteste nur deshalb zustande kamen, weil das Opfer aus der Mittelschicht kam, ist falsch. Tatsache ist, dass die junge Frau nicht aus der „Mittelschicht“ kam. Sie war die Tochter eines Flughafenarbeiters mit einem Monatslohn von 7.000 Rupien und sie arbeitete nachts, um ihre Ausbildung als Studentin der Psychotherapie zu finanzieren. Aber dies ist nicht der Punkt – normalerweise würde der Missbrauch einer Mittelschichtfrau nicht zu so einem öffentlichen Aufschrei führen.

Zweifellos hat die Tatsache, dass solch eine brutale Gruppenvergewaltigung in der Hauptstadt von Indien passiert ist, zur Auslösung der Proteste beigetragen, auch wenn die Situation auf dem Land ist noch weit schlimmer ist. Dort sind Frauen aus den unterdrückten niederen Kasten, religiösen Minderheiten, aus unterdrückten Nationalitäten und Frauen aus der Arbeiterklasse mit einer noch brutaleren Situation konfrontiert. Die Berichte von Vergewaltigungsfällen zeigen, dass der Staat und die kapitalistische Klasse die Situation benutzen, um die Kontrolle über die Menschen zu haben, die sich zur Wehr setzen gegen die Politik des Neoliberalismus, gegen Unterdrückung und Ausbeutung durch die Kapitalisten und

Großgrundbesitzer oder jene, die gegen nationale Unterdrückung kämpfen, wie in Kaschmir.

Die Proteste und Bewegungen werden durch die Kombination von mehreren scharfen Widersprüchen erzeugt. Gewiss entstanden sie in solchen Ausmaßen, weil der Staat nicht einmal in der Lage ist, die Frauen selbst in Städten zu schützen. Zugleich drücken sie auch die Wut aus gegen die Position der Frauen in der Gesellschaft. So wie in anderen Ländern wirken sich die Belastungen der ökonomischen Krise, wie steigende Preise, sinkende soziale Leistungen oder schlechte Wohnverhältnisse auf Frauen am stärksten aus.

Diese Proteste sind ein Hoffnungsschimmer nicht nur im Kampf gegen sexuelle Übergriffe und die schreckliche Situation der indischen Frauen; sie sind auch ein Hoffnungsschimmer, dass die pakistanische Arbeiterbewegung sich der Frage der Frauenunterdrückung stellt, dieses Problem als ein zentrales Thema aufnimmt und dagegen kämpft.

Weg in die Zukunft

Die Massenbewegung in Indien zeigt, dass Millionen von Frauen nicht bereit sind, die „Normalität“ ihrer täglichen Unterdrückung in der Gesellschaft zu akzeptieren. Diese Bewegung wurde zwar von einem besonders brutalen Ereignis ausgelöst, aber der Grund, weshalb die Frauen auf die Straßen gingen, ist das Ergebnis der Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung in einem halbkolonialen Kapitalismus wie Indien oder Pakistan.

In Indien wurden Millionen von Frauen in den Arbeitsmarkt geworfen, wurden Teil des Proletariats unter verheerenden Ausbeutungsbedingungen. Dies trifft nicht nur für die dynamische kapitalistische Entwicklung in Indien zu. Auch in Pakistan wurden Frauen während der fieberhaften Entwicklung vor der großen kapitalistischen Krise in die Produktion einbezogen.

Zur gleichen Zeit sind beide Länder und auch viele andere Länder in Asiens „sich entwickelndem Kapitalismus“ geprägt von vorkapitalistischen Erscheinungen wie den feudalen Formen der Ausbeutung und das Kastensystem. All zu oft haben Frauen noch nicht einmal die formale Gleichberechtigung erreicht.

Die Rolle der Polizei, die Benutzung der Vergewaltigung als Waffe gegen unterdrückte Nationalitäten (wie in Kaschmir) und niedrige Kasten, die Verwendung von Einschüchterung und Misshandlung von den Bossen in der Fertigung sind tägliche Beispiele, die aufzeigen, dass keine Gerechtigkeit für Frauen von der herrschenden Klasse und dem Staat erwartet werden kann. Auch wenn die sechs Vergewaltiger ernsthaft verurteilt werden, sollte niemand Illusionen haben über den patriarchalen Charakter der staatlichen Institutionen und ihre Mitschuld, wenn nicht sogar Beteiligung, an den schlimmsten Formen der Unterdrückung.

Frauenbewegung

Als RevolutionärInnen kämpfen wir gegen die Unterdrückung der Frauen in jeder Form. Dies bedeutet, dass wir für vollständige Gleichberechtigung kämpfen müssen. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass die Schuldigen der Unterdrückung oder Vergewaltigung von Frauen und jungen Mädchen vor Gericht gebracht werden, aber nicht vor eine ungewählte Justiz der reichen Männer, sondern vor Gerichte, die von der Masse der Bevölkerung, der Armen, der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der unteren Kasten und national Unterdrückten gewählt sind. Mindestens die Hälfte dieser gewählten Gerichte sollte von Frauen besetzt sein.

Im Kampf gegen Unterdrückung und Missbrauch müssen wir permanent gegen alle Formen von Sexismus im öffentlichen Leben, auf der Arbeit und in der Familie kämpfen. Wir fordern öffentliche Mittel für Frauenzufluchtsorte und die Aufhebung aller Beschränkungen des Rechts auf Scheidung. Eine Ausbildung in Selbstverteidigung sollte für alle Frauen möglich sein.

Sicherlich ist das Selbstbewusstsein der Frauen und ihre demokratische Gleichberechtigung nicht genug. Um es Frauen zu ermöglichen, eine vollwertige Rolle in der Gesellschaft, bei der Arbeit, in der Politik und in der Arbeiterbewegung zu spielen, müssen wir für gleiche Bezahlung, für staatliche Bereitstellung von Kinderbetreuung, für menschenwürdige Behausung und ein Minimum an Einkommen für Arbeitslose, für geschiedene Frauen mit wenig oder gar keinem Einkommen oder für Rentner kämpfen, für ein Grundeinkommen, um den Lebensstandard zu erhalten, der von der Arbeiterbewegung festgesetzt wird und an Preissteigerungen angepasst wird.

Um ein solches Programm durchzusetzen, müssen Frauen an vorderster Front aller sozialen und politischen Bewegungen stehen. Dies bezieht auch den Kampf gegen den weit verbreiteten Chauvinismus und Sexismus innerhalb der Arbeiterbewegung und der Bewegungen der Unterdrückten selbst ein. Um in der Lage zu sein, dies zu tun, müssen die Frauen das Recht auf einen Caucus, d.h. auf eigene Treffen und Versammlungen haben.

Frauenunterdrückung in Indien und Pakistan – wie in allen Ländern – ist eng mit der kapitalistischen Ausbeutung selbst verknüpft, wo Frauen wie Waren oder Haussklavinnen behandelt werden. Es wird kein Ende der Frauenunterdrückung insgesamt geben, ohne den Kapitalismus zu stürzen – ohne soziale Revolution.

Um diese Kämpfe zu vereinen und die Frauen in den Vordergrund zu stellen, brauchen wir eine Massenbewegung der am meisten ausgebeuteten Frauen, eine Massenbewegung der Frauen der Arbeiterklasse.